



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 24.04.2013, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Kinder- und Familienbildung (KiFa) - Aufnahme
weiterer Kindertageseinrichtungen**

Vorl.Nr. 117/13

Beschluss:

Der Aufnahme zweier weiterer Kindertageseinrichtungen in das Programm KiFa zum Kindergartenjahr 2013/14 und der damit einhergehenden Kosten in Höhe von 14.050 Euro/Jahr wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Programm KiFa so zu entwickeln, dass es Grundschulen ebenfalls nutzen können.

Mit dem Caritasverband Ludwigsburg, Waiblingen und Enz wird eine Rahmenvereinbarung (Anlage 3 zur Vorl.Nr. 117/13) getroffen, die es ermöglicht das Modell KiFa an drei weiteren Schulen zu realisieren.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind 2013 im UA 1.4601 bereits berücksichtigt. Für die Folgejahre werden die Mehrkosten in Höhe von 14.050 Euro bei der Planung mit angemeldet.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kromer (entschuldigt)
Stadträtin Schneller

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 117/13.

Frau **Burk** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert die Vorl. Nr. 117/13. Dabei stellt sie das Programm der KiFa anhand des aktuellen Standes 2012/2013 vor. Ein wichtiges Ziel der KiFa sei es, dass alle Kinder, unabhängig von der Herkunft, gleiche Chancen auf Bildung hätten und die Eltern ebenfalls gestärkt und gefördert würden.

EBM **Seigfried** erinnert das Gremium daran, dass Frau Pfeiffer, eine ehemalige Mitarbeiterin der Stadt Ludwigsburg, dieses Projekt weit voran gebracht hätte.

In der nachfolgenden Aussprache führt Stadträtin **Kopf** aus, dass ihre Fraktion die KiFa als ein Mentorenprojekt ansehe, das in bildungsfernen Milieus Hilfe zur Selbsthilfe leiste. Sie erinnert an den Beginn vor zehn Jahren, als noch viele Kinder aus bildungsfernen Familien die deutsche Sprache nicht gelernt hätten. Dieser Hilferuf sei der Beginn der KiFa gewesen.

Stadtrat **von Stackelberg** erläutert, dass es die richtige Entscheidung vom BSS gewesen sei der KiFa zuzustimmen. Seine Fraktion sehe die KiFa als wichtigen Baustein für die Ludwigsburger Bildungslandschaft.

Stadtrat **Kirnbauer** schließt sich dem Lob der anderen Fraktionen an und bittet die Finanzierungszusammenstellungen bei der nächsten Vorlage verständlicher zu gestalten.

Stadträtin **Klett-Heuchert** betont die Bedeutung der Elternförderung. Ohne diese Elternförderung würde die Förderung der Kinder nicht so gut funktionieren. Die KiFa erfahre bundesweite Anerkennung.

Stadtrat **Heer** stellt fest, dass im vorigen Sitzungsverlauf inhaltlich und konzeptionell alles gesagt worden sei und die Konzeption stimmig sei. Er merkt an, dass nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern geschult und begleitet werden sollten. Für Material-, Ordner- und Druckkosten seien rund 17.000 Euro in der Kalkulation KiFa 2014 vorgesehen, die reduziert werden könnten. Diese Einsparungen sollten für das operative Geschäft und die Schulung der Eltern verwendet werden.

Stadträtin **Lange** ist der Auffassung, dass die KiFas die Weitervererbung des Bildungsstandes unterbinden würden. Zudem befürwortet sie die Einbindung der Grundschulen und schlägt vor, noch mehr Grundschulen mit einzubinden. Sollte die Caritas hiermit überfordert sein, könne man die Diakonie mit ins Boot holen. Zudem äußert sie den Wunsch auf einen Erfolgsbericht und empfiehlt bereits ausgebildete Mentorinnen ein Angebot zu unterbreiten, auch wenn deren Kinder bereits ausgeschieden seien.

Frau **Burk** beantwortet im Folgenden die von den Stadträtinnen und Stadträten in der Aussprache aufgeworfenen Fragen. Die zwei weiteren Kindertageseinrichtungen, welche in das Programm KiFa aufgenommen werden sollten, stünden noch nicht fest, da momentan noch das Bewerbungsverfahren laufe. Die Träger und Leiterinnen der Kitas seien informiert. Sie könne aber heute schon sagen, dass es Kitas werden, die einen relativ hohen Anteil an Familien in besonderen Lebenslagen mit und ohne Migrationshintergrund aufweisen. Da letztes Jahr zwei evangelische Einrichtungen in das Programm aufgenommen wurden, würden dieses Jahr eine städtische Einrichtung und eine katholische Einrichtung aufgenommen werden. Momentan werden keine neuen Grundschulen aufgenommen, da das Konzept noch angepasst werden müsse. Die Caritas genieße das Alleinstellungsmerkmal, da diese die Qualifizierung und das Coaching der Mentorinnen mitentwickelt hätte. Die Caritas weise im Gegensatz zu der evangelischen Kirche ein Beratungsangebot in den Einrichtungen auf. Weiterhin erläutert Frau Burk die Kostenkalkulation.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Moersch** erklärt Frau **Burk** den Begriff der „Mentorin“. Mentorinnen seien Mütter aus der Elternschaft, deren Kind sich im Kindergarten befinde. Sobald das Kind aus dem Kindergarten ausscheide, ende auch die Zeit der Mutter als Mentorin. Diese Mentorinnenaufgabe könne sie dann in der Grundschule fortsetzen. Mentorinnen würden vorrangig mündlich geworben.

Stadtrat **Dr. Bohn** bittet um Erklärung des dritten Absatzes des Beschlussvorschlages der Vorl.Nr. 117/13.

EBM **Seigfried** erklärt daraufhin, dass heute nicht beschlossen werde, dass drei weitere Schulen aufgenommen werden, sondern zwei weitere Kindertageseinrichtungen. Die Ausführung im dritten Absatz beziehe sich lediglich auf die Rahmenvereinbarung.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Schittenhelm**, ob Männer auch Mentoren werden können, erklärt Frau **Burk**, dass es kulturell geprägt sei, dass die Frauen unter sich bleiben wollten und so die Gruppe stärker zusammen wachse.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 117/13 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 2

Förderung der Kinder- und Familienzentren

Vorl.Nr. 123/13

Beschluss:

1. Jedem Ludwigsburger Kinder – und Familienzentrum wird für Koordination und Vernetzung ein Stellenanteil von 0,25 zur Verfügung gestellt.
Bei freien Trägern erfolgt dies in Form der Pauschale nach dem Kindergartenvertrag (derzeit 11.582,50 Euro pro viertel Stelle/Jahr). Für die drei städtischen Kinder- und Familienzentren ist im Stellenplan 2013 je ein Anteil von 0,25 – insgesamt 0,75 Stellenanteile aufgenommen.
2. Als Sachkosten erhalten Kinder- und Familienzentren ab dem Kindergartenjahr 2013/14 eine Basisförderung von 3.000 Euro sowie einen weiteren Zuschuss von bis zu 1.500 Euro, wenn das Kinder- und Familienzentrum bzw. der Träger denselben Eigenanteil nachweislich aufbringt (Matchingförderung).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziff. 1 wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziff. 2 wird mit 10 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kromer (entschuldigt)
Stadträtin Schneller

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die im Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 123/13 und erläutert diese. Dabei erinnert er an die bereits beschlossene Vorl. Nr. 495/12.

In der folgenden Aussprache führt Stadtrat **Meyer** aus, dass Kinder- und Familienzentren zwar teuer seien, aber viel wert. Für seine Fraktion sei es in Ordnung, dass der Stellenanteil von 0,25 jedem Ludwigsburger Kinder- und Familienzentrum zur Verfügung gestellt werde. Zudem sei die reduzierte Matchingförderung ebenfalls in Ordnung. Weiterhin äußert er den Wunsch Senioren stärker in die Kinder- und Familienzentren einzubinden, damit diese einen weiteren Treffpunkt hätten.

EBM **Seigfried** entgegnet auf den Wunsch von Stadtrat Meyer, dass die Senioren nicht Konzept- und Vertragsbestandteil der Kinder- und Familienzentren seien. Eine Subnutzung freier Räume, wie bei dem Mehrgenerationenhaus, sei jedoch denkbar.

Stadtrat **Meyer** betont, dass wenn die Räumlichkeiten vorliegen, es mit städtischer Unterstützung einfacher sei, die Senioren einzubinden als bei anderen Trägern. Wenn man Senioren beteilige, hätte man eventuell für andere Dinge noch einen Matchingpartner.

Stadtrat **Dr. Bohn** erklärt im Namen seiner Fraktion ein hohes Interesse an der Weiterentwicklung der Kinder- und Familienzentren. Er erläutert den Begriff Kinder- und Familienzentrum, insbesondere geht er dabei auf die Beziehung zum Kind ein. Sollten Räumlichkeiten zur anderweitigen Nutzung vorhanden sein, so sollten diese auch für Seniorenarbeit genutzt werden können.

Stadtrat **Kirnbauer** ist der Auffassung, dass die Kinder- und Familienzentren gut seien, aber auch teuer. Er freue sich über die Äußerungen von Stadtrat Meyer und stimme diesen zu. Kinder- und Familienzentren sollten für Jung und Alt zur Verfügung stehen.

Stadtrat **Dr. Vierling** betont, dass Kinder- und Familienzentren eine hervorragende Alternative zu den bisherigen Kindergärten seien. Die Fraktion begrüße die zusätzliche finanzielle Unterstützung für die bislang elf Einrichtungen, sowohl die bisherige aufstockungsfähige Basisförderung als auch den neuen Personalkostenzuschuss in Höhe von 0,25 Stellenanteilen. Weiterhin befürworte sie die Reduzierung des Stellenwerts des sogenannten Matchings an der Finanzierung des KiFa - Programms von bisher 63% auf unter 10% der städtischen Förderung pro Einrichtung.

EBM **Seigfried** erläutert dem Gremium die Grundidee des Matchings.

Stadtrat **Heer** merkt an, dass seine Fraktion uneingeschränkt der vorliegenden Beschlussvorlage Nr. 123/13 und der Konzeption des Matchings zustimmen könne

Stadträtin **Lange** ist der Meinung, dass die Kinder- und Familienzentren ziemlich teuer seien und die Matchingförderung keine verlässliche Finanzierungsgrundlage für Kinderbetreuungseinrichtungen sei. Zudem kritisiert sie das Vorgehen der Stadt die Matchingförderung von bisher maximal 5000 Euro je Jahr auf künftig nur noch 1500 Euro je Jahr zu senken. In der Schorndorfer Straße sei eine Begegnungsstätte geschlossen worden, diese Senioren sollten dann in die Kinder- und Familienzentren gehen. Anschließend stellt sie den Antrag über Ziffer 1 und Ziffer 2 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Stadträtin **Moersch** stellt den Antrag im Sachzusammenhang den Matchingbetrag auf 2000 Euro zu erhöhen, dadurch erhöhe sich auch der Beitrag der Stadt Ludwigsburg.

Dieser Antrag wird vom Gremium mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die vorliegende Beschlussvorlage Nr. 123/13 im Gremium zur Abstimmung.